Sofortprogramm „Menschen zuerst – Bezahlbare Miete jetzt“

Pressekonferenz
Die Linke Baden-Württemberg

Die Linke als soziale Opposition im Landtag

Kernaussage:
Wir werden nicht in der kommenden Regierung sein – aber wir sind der Druck im Landtag der die Situation für die Menschen verbessert, den es ohne uns nicht gäbe.

Arbeitsweise:

Gesetzesinitiativen und Anträge
Wir bringen fertige Gesetze und konkrete Anträge ein – die anderen müssen sich endlich positionieren.

Bundesratshebel nutzen
Baden-Württemberg kann über den Bundesrat bundesweite Regeln mit anstoßen – z.B. beim Mietendeckel.

Skandale sichtbar machen
Wir holen Mietwucher, Leerstand, Zwangsräumungen aus dem Einzelfall in die Landespolitik.

Scharnier zu Bewegungen
Was Mieterinitiativen, Gewerkschaften, Sozialverbände fordern, bekommt im Landtag ein Mikrofon und eine Druckkulisse.

Konflikt statt Kulisse
Wir brechen die große Koalition des Wegschauens auf – damit Wohnen nicht mehr als „Marktfrage“ abgeheftet wird.

Fünf Hebel gegen die Wohnungsnot – jetzt

Wir konzentrieren uns auf die Punkte, die sofort wirken und strukturell etwas verändern.

- **Mietendeckel (Bundesratsinitiative)**
  Stoppt den Mietwahnsinn kurzfristig – gibt Mieter:innen sofort Luft zum Atmen.
- **Landeswohnbaugesellschaft (LWBW)**
  Baut und hält Wohnungen dauerhaft bezahlbar – ein öffentliches Gegengewicht zu Immobilienkonzernen.
- **20.000 Sozialwohnungen jährlich**
  Dreht den Trend um: Nicht mehr jedes Jahr weniger, sondern deutlich mehr bezahlbare Wohnungen.
- **Leerstand bekämpfen**
  Aktiviert Wohnraum, der schon da ist – das schnellste Mittel gegen Wohnungsmangel.
- **Housing First für Wohnungslose**
  Setzt die rote Linie: Niemand muss in einem reichen Land auf der Straße leben – Wohnung zuerst, alles andere danach.

Diese fünf Maßnahmen sind der Kern eines Richtungswechsels: Weg von der Wohnung als Renditeobjekt, hin zu Wohnen als Grundrecht in Baden-Württemberg.

Bundesratsinitiative „Mietendeckel“

Mietenstopp statt Mietenschock

- In vielen Städten frisst die Miete einen Großteil des Einkommens – besonders in Uni-Städten und Ballungsräumen.
- Ohne wirksame Begrenzung drohen Verdrängung, Armut und Wohnungslosigkeit.
- Ziel: Bundesweiter Mietendeckel – Mieten für fünf Jahre einfrieren, überhöhte Mieten absenken.

Was macht Die Linke im Landtag?

So bringen wir den Mietendeckel nach Berlin

- Entschließungsantrag: Landesregierung wird verpflichtet, einen Mietendeckel-Gesetzentwurf in den Bundesrat einzubringen.
- Fertiger Gesetzestext der Linken: klare Mietobergrenzen, Stopp für Staffeln und Indexexzesse.
- Anhörungen und Bündnisse mit Mieterbund, Städten und anderen Ländern – der Druck kommt aus Baden-Württemberg.

Was bringt das für Baden-Württemberg?

Entlastung für hunderttausende Mieter:innen

- Mietsteigerungen werden gestoppt – Planungssicherheit für Familien, Azubis, Studierende.
- Spekulative Renditen werden begrenzt, Kleinstvermieter:innen können weiter fair vermieten.
- Mehr Geld im Portemonnaie, weniger Verdrängung – ein starkes Signal für sozialen Zusammenhalt.

Landeswohnbaugesellschaft (LWBW) gründen

Wohnen in öffentliche Hand

- Der Markt baut zu teuer, zu wenig und am Bedarf vorbei – Sozialwohnungen fallen reihenweise aus der Bindung.
- Gerade in den Großstädten fehlen bezahlbare Wohnungen für normale Einkommen.
- Ziel: Eine starke Landeswohnbaugesellschaft (LWBW), die dauerhaft günstigen Wohnraum schafft und hält.

Was macht Die Linke im Landtag?

Gesetz für die LWBW

- Fraktions-Gesetzentwurf: LWBW als 100 % landeseigene Gesellschaft oder Anstalt öffentlichen Rechts.
- Auftrag: Kaufen, bauen, zurückkaufen – mit dauerhafter Mietpreisbindung und klaren sozialen Vergaberegeln.
- Sondervermögen „Soziales Wohnen“ und Projektpipeline mit Kommunen, Genossenschaften und Mieterinitiativen.

Was bringt das für Baden-Württemberg?

Bezahlbare Wohnungen, die bleiben

- Tausende neue und zurückgewonnene Wohnungen mit dauerhaft niedrigen Mieten.
- Kommunen werden gestärkt statt ausverkauft – öffentliche Bestände kehren in öffentliche Hand zurück.
- Wohnen wird wieder als Daseinsvorsorge behandelt, nicht als Renditeobjekt.

Offensive für 20.000 Sozialwohnungen jährlich

Sozialwohnungs-Offensive statt Wohnungsmangel

- In Baden-Württemberg fehlen zehntausende bezahlbare Wohnungen – besonders für kleine Einkommen, Alleinerziehende, Azubis und Studierende.
- Jedes Jahr fallen mehr Sozialwohnungen aus der Bindung, als neu gebaut werden.
- Ziel: Jährlich 20.000 zusätzliche Sozialwohnungen, dauerhaft gebunden und barrierefrei.

Was macht Die Linke im Landtag?

Gesetzliche Zielzahl und klare Programme

- Fraktions-Gesetzentwurf „Sozialwohnraumoffensivegesetz BW“ mit verbindlicher Zielzahl von 20.000 Wohnungen pro Jahr.
- Drei Förderlinien: Neubau, Ankauf/Rückkauf, Umbau statt Abriss – ausschließlich für öffentliche und gemeinnützige Träger.
- Erbpacht statt Ausverkauf von Boden, stärkere Belegungsrechte der Kommunen, Alternativhaushalt mit klarem Finanzplan.

Was bringt das für Baden-Württemberg?

Weniger Wartelisten, mehr Schlüssel in der Hand

- Deutlich kürzere Wartezeiten auf eine bezahlbare Wohnung.
- Stabilere Mieten für alle, die heute an der Einkommensgrenze leben.
- Sichtbares Signal: Das Land investiert in Wohnungen statt in Spekulation – Menschen zuerst.

Leerstand bekämpfen – Wohnraum mobilisieren!

Schluss mit spekulativem Leerstand

- Während Menschen keine Wohnung finden, stehen zehntausende Wohnungen im Land leer oder werden zweckentfremdet.
- Kommunen haben oft die Instrumente, aber nicht den rechtlichen Rahmen und die Daten.
- Ziel: Leerstand systematisch erfassen, verteuern und beenden – Wohnungen zurück auf den Mietmarkt.

Die Linke Landesverband Baden-Württemberg

Was macht Die Linke im Landtag?

Landesgesetz gegen Leerstand

- Fraktions-Gesetzentwurf „Leerstands- und Zweckentfremdungsrahmengesetz BW“.
- Meldepflicht und landesweites Leerstandskataster, progressive Leerstandsabgabe, scharfes Zweckentfremdungsverbot.
- In Extremfällen: Instandsetzungsgebot und vorübergehende Beschlagnahme von spekulativ leerstehendem Wohnraum – mit sozialer Wiedervermietung.

Was bringt das für Baden-Württemberg?

Mehr Wohnungen, ohne einen Stein zu bauen

- Reaktivierung tausender leerstehender Wohnungen – besonders in angespannten Märkten.
- Einnahmen aus der Leerstandsabgabe finanzieren Vollzug und kommunale Wohnprogramme.
- Klarer Kurs: Leerstand lohnt sich nicht mehr – Vermieten statt verrotten lassen.

Housing First – Wohnungen für Wohnungslose

Wohnung zuerst statt „auf Platte“ auf Dauer

- Tausende Menschen leben in Baden-Württemberg auf der Straße oder in Notunterkünften, viele trotz Arbeit oder Rente.
- Die klassische Kette „Erst Therapie, dann Wohnung“ scheitert an der Realität.
- Ziel: Wohnungslosigkeit mit „Housing First“ systematisch abbauen – erst eine eigene Wohnung, dann passgenaue Unterstützung.

Was macht Die Linke im Landtag?

Landesgesetz und Programm Housing First BW

- Fraktions-Gesetzentwurf „Housing-First-Gesetz BW“: Rechtsanspruch auf Wohnangebote für Wohnungslose in den Kommunen.
- Landesprogramm „Housing First BW“: Förderung von Wohnungen, Sozialarbeit und kommunalen Projekten.
- Verknüpfung mit LWBW, Sozialwohnungs-Offensive und Leerstandsbekämpfung – Wohnungen kommen aus öffentlichen und gemeinnützigen Beständen.

Was bringt das für Baden-Württemberg?

Würde und Sicherheit

- Menschen bekommen eine eigene, sichere Wohnung statt jahrelanger Notunterkünfte.
- Stabilere Lebenslagen:

  bessere Chancen auf Arbeit, Gesundheit und Teilhabe.

Weitere Arbeitsvorhaben Miete und Wohnen im Laufe der Legislatur

Unser Sofortprogramm Miete und Wohnen hat weitere 5 Themengebiete die wir nach und nach in die Arbeit im Landtag einbringen werden:

- **Zweckentfremdung stoppen**

Kurzzeitvermietungen und spekulativen Leerstand scharf begrenzen – Wohnraum bleibt Wohnraum.

- **Kommunales Vorkaufsrecht stärken**

Städte und Gemeinden sollen Häuser vor Investor*innenkäufen sichern können – für soziale Mieten und Milieuschutz.

- **Mieter*innenrechte ausbauen**

Landesweite Meldestelle gegen Mietwucher, Miet- und Wohnungskataster und digitale Beratung für Betroffene.

- **Sozial gerechter Klimaschutz im Wohnen**

Warmmietengarantie bei Sanierungen, Sozialtarife für Strom und Wärme, Förderung von Mieterstrom und Wärmenetzen.

- **„Recht auf Wohnen“ in die Landesverfassung**

Wohnen als Grundrecht im Land festschreiben – als Maßstab für Gesetze, Förderprogramme und Gerichte.

Diese Bausteine bringen wir Schritt für Schritt im Laufe der Legislatur als Gesetzentwürfe, Anträge und Haushaltsinitiativen in den Landtag ein.

Meine Kontaktdaten

Frederico Elwing

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: frederico.elwing@dielinke-bw.de

Mobil & Signal beruflich: 0175/9274163

Die Linke
Landesverband
Baden-Württemberg

Danke für Ihre **Aufmerksamkeit**

Frederico Elwing
frederico.elwing@dielinke-bw.de

www.dielinke-bw.de